



Nur im Notfall

Staatsbeteiligungen. Dass sich der Staat als Unternehmer betätigt, ist in Deutschland seit Jahren gang und gäbe – vor allem auf kommunaler Ebene. Die Corona-Krise hat nun aber die Debatte darüber neu entfacht, ob der Staat sich an wirtschaftlich strauchelnden Unternehmen beteiligen soll. Auch wenn solche Eingriffe nicht zu einer Marktwirtschaft passen, können Ausnahmen durchaus gerechtfertigt sein – sagt IW-Ökonom Christian Rusche im iwd-Kommentar. Voraussetzung dafür sei aber ein klares Regelwerk.

—> [Seiten 2-5](#)

Kommunalpolitik

Städte und Gemeinden, die junge Menschen in den politischen Prozess einbeziehen, profitieren davon in vielerlei Hinsicht – auch wirtschaftlich.

—> [Seiten 8-9](#)

Einkommensverteilung

Ab welchem Nettoeinkommen jemand in Deutschland zu den Reichen zählt, wird von der offiziellen Statistik anders beantwortet als von den Bundesbürgern.

—> [Seiten 10-11](#)

Kaum überzeugende Argumente

Staatsbeteiligungen. In der Corona-Krise hat der Staat massiv ins Wirtschaftsleben eingegriffen – auch in Form von Unternehmensbeteiligungen. Neu sind solche Interventionen keineswegs, in Deutschland haben sich vor allem die Kommunen in den vergangenen Jahren immer stärker unternehmerisch betätigt. Die angeführten Gründe überzeugen allerdings wenig.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat die Rolle des Staates in einer Weise gestärkt, wie man es bis dato in Friedenszeiten nicht kannte. Denn es waren Bund, Länder und Kommunen, die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen verhängt und einen Lockdown der Wirtschaft angeordnet haben. Zudem haben zahlreiche EU-Länder ihre Grenzen teil- und zeitweise geschlossen.

All dies hat zusammen mit den direkten Auswirkungen der Pandemie – wie krankheitsbedingten Ausfällen von Mitarbeitern – zahlreiche Unternehmen in Schwierigkeiten geraten lassen. Folglich waren oder sind sie auf staatliche Hilfen angewiesen – etwa in Form von Kapitalzuschüssen, Bürgschaften oder Kurzarbeitergeld.

Viele dieser Maßnahmen mögen in der aktuellen Situation alternativlos erscheinen, dennoch sind durchaus auch skeptische Stimmen zu vernehmen – vor allem da, wo der Staat sich unmittelbar an Unternehmen beteiligt. So hat die Wirtschaftspressen den Einstieg der Bundesregierung beim Pharmaunternehmen CureVac

oder die Überlegungen bezüglich staatlicher Hilfen für den Touristikkonzern TUI Group teils heftig kritisiert.

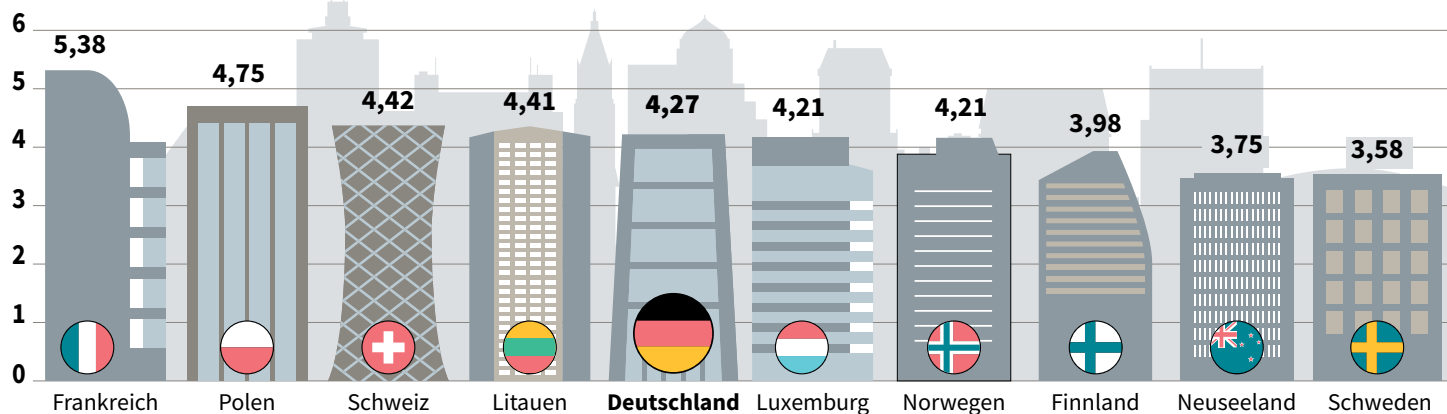
Staatliche Unternehmensbeteiligungen sind allerdings kein neues Phänomen – weder in Deutschland noch anderswo. Dies zeigt ein Indikator der OECD, der die sogenannte Reichweite von staatseigenen Unternehmen in 25 Wirtschaftssektoren misst. Der deutsche Staat erweist sich in dieser Hinsicht nicht gerade als zurückhaltend (Grafik):

Für Deutschland zeigt der OECD-Index zur Reichweite staatseigener Unternehmen im Jahr 2018 auf einer Skala von 0 bis 6 den Wert 4,27 an – das bedeutet Rang 5 von 36 OECD-Ländern.

Allerdings erzählt das Ausmaß der staatlichen Interventionen nur die halbe Geschichte. Am Ende kommt es darauf an, wie stark die Marktwirtschaft durch den Staat verzerrt wird – etwa indem dieser ein eigenes Beschaffungswesen aufbaut oder Preise reguliert und kontrolliert. Auch diese Verzerrungen misst die OECD durch

Unternehmen: Staatseigentum ist keine Ausnahme

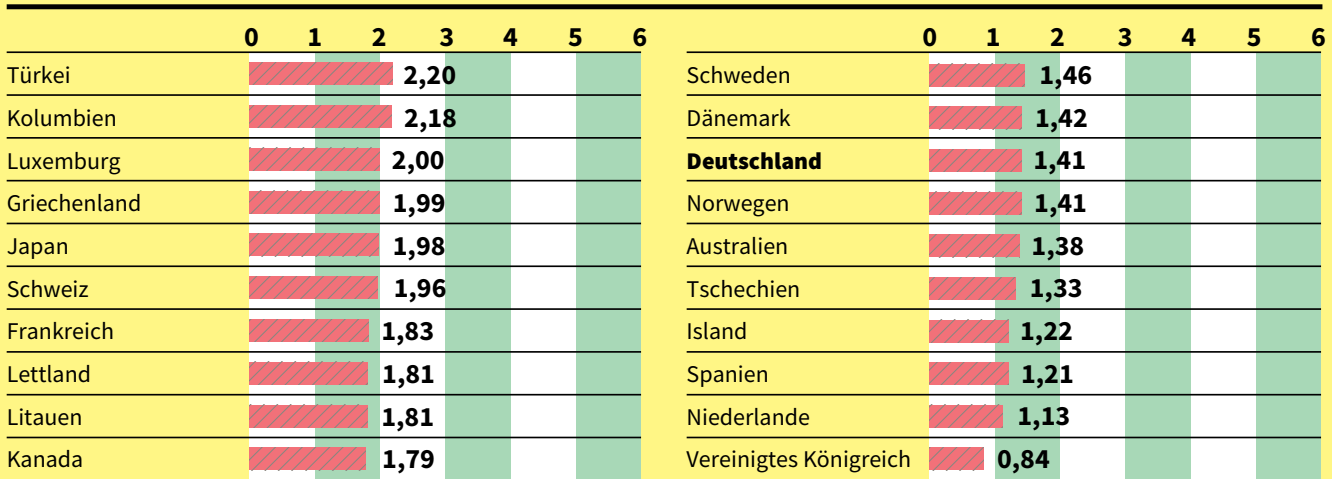
Der OECD-Indikator zur Reichweite von staatseigenen Unternehmen misst, in wie vielen von 25 betrachteten Wirtschaftssektoren es Unternehmen in Staatseigentum gibt. Die Skala reicht von 0 (= keine staatseigenen Unternehmen) bis 6 (= mindestens ein staatseigenes Unternehmen in jedem Sektor). OECD-Länder mit den höchsten beziehungsweise niedrigsten Indikatorwerten im Jahr 2018



Staatseigentum: Verzerrung der Wirtschaft in vielen Ländern eher gering

Der OECD-Indikator zu staatlich verursachten Verzerrungen misst, inwieweit die staatlichen Beteiligungen das wirtschaftliche Geschehen verzerren – zum Beispiel über Preiskontrollen oder eigene Beschaffungsverfahren. Die Skala reicht von 0 (= keine Verzerrung) bis 6 (= massive Verzerrung).

OECD-Länder mit den höchsten beziehungsweise niedrigsten Indikatorwerten im Jahr 2018



OECD-Länder: ohne USA
Quelle: OECD
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

einen eigenen Indikator – und kommt für Deutschland zu einem recht positiven Ergebnis (Grafik):

Auf einer Skala von 0 bis 6 bewertet die OECD die staatlich verursachten ökonomischen Verzerrungen in Deutschland mit 1,41 – das ist der achtniedrigste Wert im internationalen Vergleich.

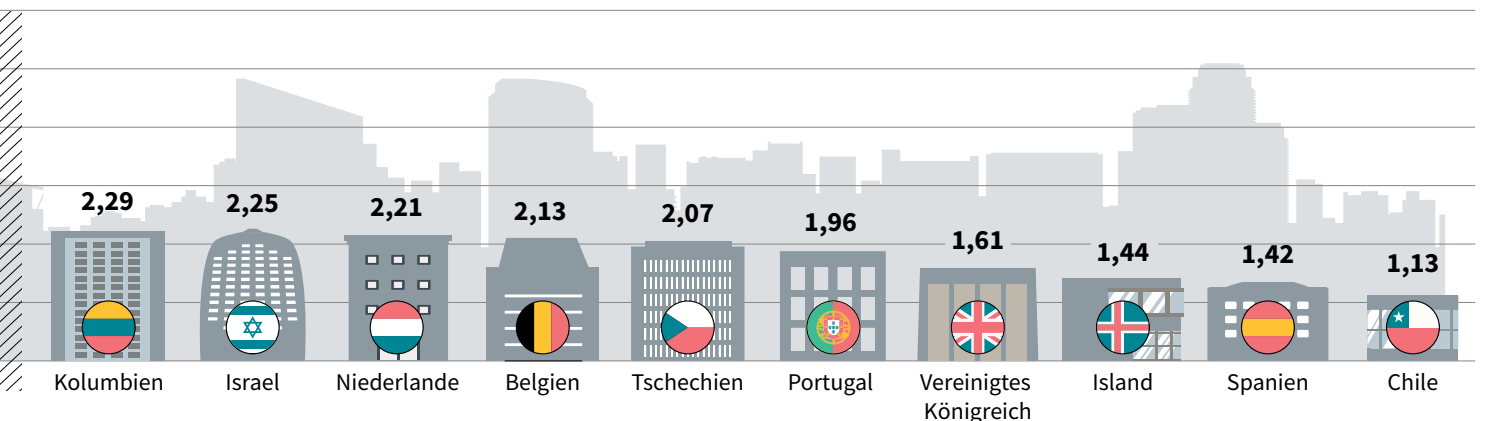
Trotz dieses Befunds ist das Ausmaß der staatlichen Beteiligungen erklärungsbedürftig. Ein wesentlicher Grund sind die Aktivitäten der Kommunen, die sich vor

allem auf die sogenannte Daseinsvorsorge beziehen – zum Beispiel die Wasserversorgung oder die Müllabfuhr.

Nach einer Privatisierungsphase vom Ende der 1980er Jahre bis kurz nach der Jahrtausendwende setzen Städte und Gemeinden nun wieder vermehrt auf eine öffentliche Bereitstellung – vor allem im Energiebereich, der Abfallentsorgung sowie beim Wertstoffrecycling (Grafik Seite 4):

Die Zahl der kommunalen Unternehmen in den Flächenländern ist von 2000 bis 2017 um nahezu

Fortsetzung

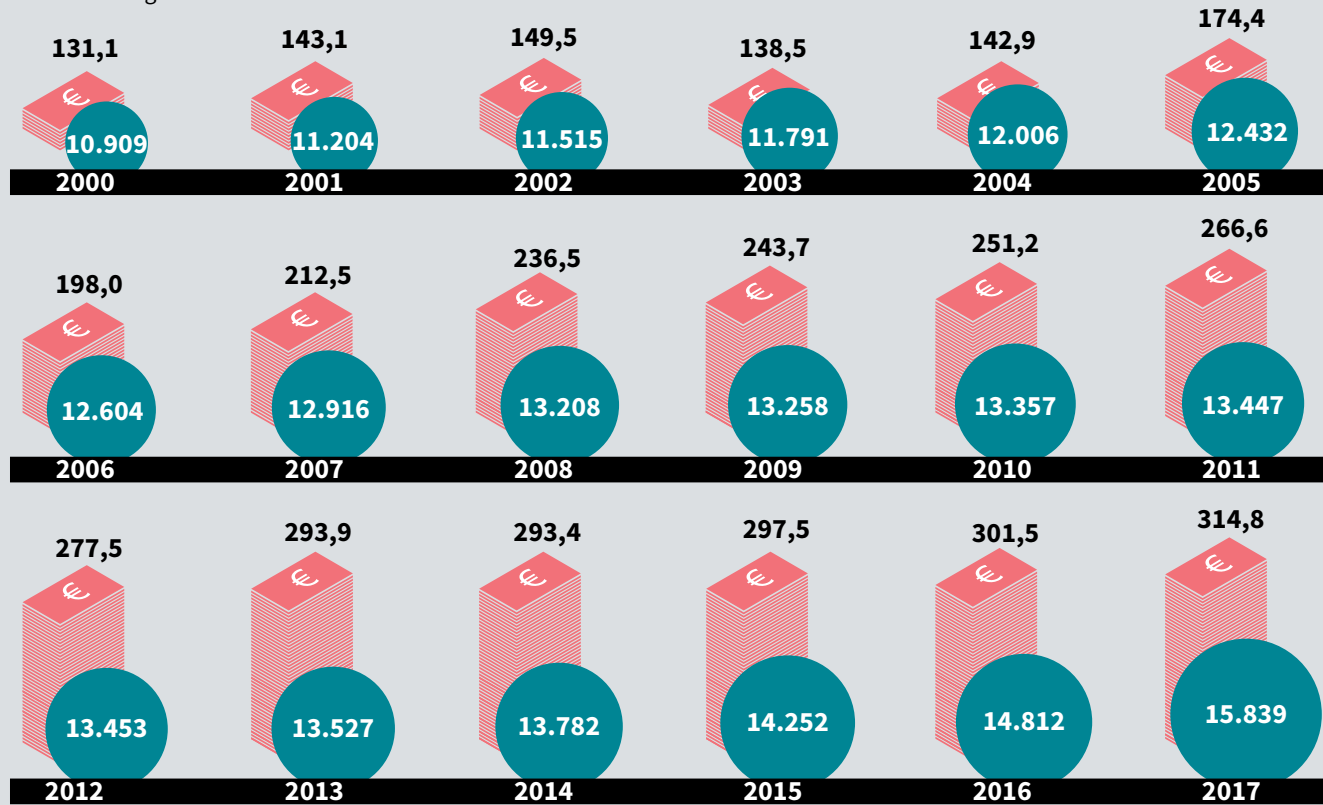


iwd

Kommunale Unternehmen: Immer mehr, immer größer

Kommunale Unternehmen in Deutschland

■ Umsatz insgesamt in Milliarden Euro ■ Zahl



Kommunale Unternehmen: einschließlich kommunaler Fonds und unternehmerisch agierender Einrichtungen (z. B. Zweckverbände); ohne Stadtstaaten

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

50 Prozent auf gut 15.800 gestiegen – ihre Umsätze legten sogar um 140 Prozent zu.

Zum Vergleich: Die Umsätze der überwiegend privaten, umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen sind im selben Zeitraum nur um 59 Prozent gewachsen.

Die Kommunen begründen ihr Unternehmertum vor allem damit, dass private Firmen kein Interesse hätten, ihre Leistungen allen Bürgern anzubieten – also auch sozial schwachen oder jenen, die in dünn besiedelten Gebieten leben. Nur öffentliche Betriebe, die keine Rendite anstreben, könnten eine umfassende Versorgung gewährleisten.

Im Widerspruch dazu steht jedoch das Argument, die Kommunen bräuchten die durch ihre Unternehmen erzielten Gewinne, etwa um verlustträchtige Bereiche wie den öffentlichen Nahverkehr zu subventionieren. Eine Studie zeigt für Bayern, dass die dortigen kommunalen Abfallentsorgungsbetriebe mit 7,3 Prozent zwar tatsächlich eine höhere Rendite erwirtschaften als private Entsorger. Dafür werden aber die Gebührenzahler mit überhöhten Preisen für die Abfallbeseitigung belastet.

Die Kommunen können mit ihren Wirtschaftsbetrieben also entweder allen Bürgern eine günstige Versorgung bieten – oder Gewinne einfahren. Beides zusammen funktioniert nicht.

Angesichts dessen sollten marktwirtschaftliche Prinzipien auch bei der Erbringung kommunaler Dienstleistungen Vorrang haben. Beauftragen Städte und Gemeinden private Anbieter, können sie außerdem den regionalen Mittelstand unterstützen. Und wenn die Kommunen Konzessionen auf Zeit vergeben, haben die privaten Anbieter einen zusätzlichen Anreiz, effizient und kundenorientiert zu wirtschaften. Aktuelle Staatsbeteiligungen aufgrund der Pandemiefolgen sollten zudem zügig wieder abgebaut werden (siehe Seite 5).

IW-Policy Paper 20/2020

Klaus-Heiner Röhl, Christian Rusche: Staatliche Beteiligungen aus ökonomischer Sicht – Wie weit darf der Staat gehen?
iwkoeln.de/staatliche_beteiligungen



Foto: IW Medien

„Für Staatseingriffe braucht es klare Regeln“

Kommentar. Um die Wirtschaft in der Corona-Krise zu stabilisieren, können staatliche Interventionen durchaus gerechtfertigt sein. Diese müssen aber auf klaren Kriterien beruhen, betont IW-Ökonom **Christian Rusche**. Zudem dürfe der Staat nicht vergessen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Unternehmen in Staatseigentum und direkte Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe sind mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nur schwer zu vereinbaren. Dennoch können Eingriffe bis hin zu einer Staatsbeteiligung in einer Krise geboten sein. Der konjunkturelle Einbruch infolge der Corona-Pandemie ist ohnehin eine Besonderheit, denn er ist nicht auf Fehlverhalten des Staates oder der Unternehmen zurückzuführen. In der aktuellen Krise treffen zudem viele negative Faktoren zusammen – Lieferketten waren oder sind gestört, die Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück, die Verbraucher geben weniger Geld aus. Die starke Verunsicherung führt darüber hinaus zu einer geringeren Kreditvergabe an neue und etablierte Unternehmen. Somit gefährdet die Krise auch jene Firmen, die eigentlich gesund sind, und neue Unternehmen schaffen es gar nicht erst in den Markt.

In einer solchen Situation können staatliche Impulse durch Kredite oder direkte Kapitalspritzen helfen, der Wirtschaft neue Zuversicht zu geben und wettbewerbsfähige Unternehmen am Markt zu halten.

Doch weil die finanziellen Mittel des Staates nun einmal endlich sind,

gibt es ein Abwägungsproblem. Einerseits sollen die Wirtschaft stabilisiert und Härten für Beschäftigte vermieden werden. Andererseits darf der Modernisierungsprozess der Wirtschaft nicht aufgehalten werden und der Staat kann nicht alle von der Krise Betroffenen retten. Das wäre auch nicht sinnvoll – in einer Marktwirtschaft müssen Unternehmen, deren Produkte nicht mehr gefragt sind, auch scheitern können.

Folglich ist es wichtig, Regeln für Staatseingriffe zu entwickeln. Um willkürliche oder zufallsbedingte Entscheidungen zu vermeiden, sollten diese Regeln bereits im Vorfeld einer Unternehmensbeteiligung oder Ähnlichem diskutiert und beschlossen werden.

Eine sinnvolle Voraussetzung für staatliche Interventionen wäre, dass das betreffende Unternehmen ein tragfähiges Geschäftsmodell hat, das nur krisenbedingt vorübergehend nicht funktioniert. Weitere Kriterien sind Sicherheitsinteressen des Staates – wenn ein Unternehmen zum Beispiel über eine zukunftsweisende Technologie verfügt oder sicherheitsrelevante Software entwickelt – oder die Versorgungssicherheit. Darunter fällt auch das Kriterium der Netzwerkrelevanz, das

etwa bei der Lufthansa-Beteiligung zur Geltung kam. Ein wichtiger Grundsatz ist aber auch, dass solche Eingriffe in den Markt erst dann infrage kommen, wenn bestehende Hilfen wie Kurzarbeit oder alternative Finanzierungsmöglichkeiten bereits ausgereizt sind.

Und auch wenn sich der Staat schließlich an einem Unternehmen beteiligt, gilt es, ökonomische Verzerrungen weitgehend zu vermeiden. Dies bedingt, dass entsprechende Hilfen prinzipiell allen Wettbewerbern in einem Markt zustehen. Zudem darf der Staat die Beteiligung nicht dazu nutzen, aus seiner Sicht sozialpolitisch wünschenswerte Entscheidungen durchzusetzen, die das Unternehmen ansonsten nicht getroffen hätte. Schließlich sollte der Staat Strategien für den schnellstmöglichen Wiederaufstieg aus dem Unternehmen entwickeln.

Über all diese Regeln hinaus gilt es zur Krisenbewältigung aber auch, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern. Hilfreich wäre es zum Beispiel, die Infrastruktur zu modernisieren, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, die steuerliche Forschungsförderung großzügiger zu gestalten oder die Abschreibungsregeln zu reformieren.

Erbschaften reduzieren Ungleichheit

Vermögenskonzentration. Jedes Jahr werden in Deutschland etliche Milliarden Euro vererbt oder verschenkt. Doch anders als häufig angenommen, führt das nicht zu einer höheren Konzentration der Vermögen – das Gegenteil ist der Fall.

Wie hoch das Vermögen ist, das in Deutschland jedes Jahr vererbt oder frühzeitig verschenkt wird, lässt sich nur schätzen. Denn die amtliche Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik erfasst ausschließlich steuerpflichtige Fälle. Im Jahr 2018 ergab sich so ein Betrag von rund 84,7 Milliarden Euro.

Tatsächlich aber werden in der Bundesrepublik jedes Jahr schätzungsweise 200 bis 400 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt. Die große Differenz resultiert aus den Freibeträgen, die vom Verwandtschaftsgrad abhängen: Ehe- und Lebenspartnern räumt das Gesetz bei der Erbschaftsteuer einen Freibetrag von 500.000 Euro ein,

Kindern 400.000 Euro, Enkelkindern 200.000 Euro, Eltern und Großeltern 100.000 Euro bei einer Erbschaft und 20.000 Euro bei einer Schenkung. Alle anderen Erben bekommen ebenfalls einen Freibetrag von 20.000 Euro.

Berücksichtigt man neben den Freibeträgen auch Steuervergünstigungen, wie zum Beispiel bei der Übertragung von Betriebsvermögen, reduzieren sich die steuerpflichtigen Erbschaften und Schenkungen noch einmal – im Jahr 2018 von 84,7 auf 35,4 Milliarden Euro. Die darauf fällige Steuer (Grafik Seite 7):

Im Jahr 2018 nahm der deutsche Staat 6,7 Milliarden Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer ein.

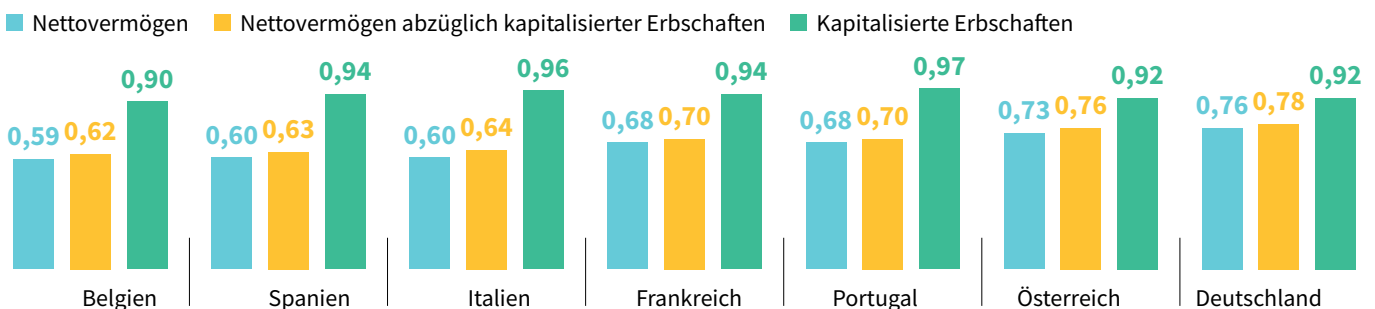
Wie in den Jahren zuvor waren das weniger als 1 Prozent des gesamten Steueraufkommens.

Über die Höhe der Erbschaftsteuer sowie über die Freibeträge und Ausnahmeregelungen wird in Deutschland viel gestritten. Das Bewertungsverfahren von Betriebsvermögen zum Beispiel ist vom Bundesverfassungsgericht bereits mehrfach beanstandet worden,

Vermögenskonzentration in Europa: Erbschaften reduzieren die Ungleichheit

Gini-Koeffizient im Jahr 2014

Lesehilfe: Erbschaften sind in allen Ländern deutlich ungleicher verteilt (der Gini-Koeffizient ist höher) als die Nettovermögen. Rechnet man die Erbschaften jedoch aus den Nettovermögen heraus, erhöht sich der Gini-Koeffizient um 0,02 bis 0,04 Punkte, das heißt, die Ungleichheit erhöht sich. Erbschaften sorgen somit für eine gleichmäßigere Vermögensverteilung.



Kapitalisierte Erbschaften: bei einem angenommenen realen Zinssatz von jährlich 3 Prozent; Gini-Koeffizient: Ein Wert von null bedeutet, dass alle Personen das gleiche Vermögen besitzen, ein steigender Gini-Koeffizient steht für eine zunehmend ungleichere Verteilung

allerdings haben die Richter die grundsätzliche Idee hinter den Privilegien – den Bestand des Unternehmens zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten – nicht infrage gestellt.

Die Verfechter einer höheren Erbschaftsteuer argumentieren, dass Erbschaften und Schenkungen die Konzentration des Vermögens – und damit die Ungleichheit der Gesellschaft – weiter erhöhen.

Ein Maß für die Messung der Ungleichheit ist der Gini-Koeffizient. Hat er den Wert null, dann besitzen alle Haushalte das gleiche Nettovermögen – und je höher der Wert, desto größer die Ungleichheit. Schaut man sich die Werte für Deutschland an, dann zeigt sich, dass das Niveau der Vermögensungleichheit seit Anfang der 2000er Jahre nicht mehr gestiegen und in jüngerer Zeit laut dem Sozio-oekonomischen Panel sogar leicht gesunken ist:

Seit 2002 schwankt der Gini-Koeffizient der individuellen Vermögensverteilung zwischen 0,78 und 0,80 Punkten. Nach einem Anstieg zwischen 2002 und 2007 ist er inzwischen wieder auf das Niveau von 2002 gesunken.

Mehr noch: Erbschaften und Schenkungen führen nicht grundsätzlich zu einer höheren Konzentration der Vermögen, sondern sie sorgen sogar dafür, dass die Ungleichheit abnimmt – denn die Vermögensmasse verschiebt sich nicht nur zwischen den Generationen, sondern in der Regel auch von wenigen zu vielen.

Ein Beispiel: Stirbt der Großvater, erbt zunächst die Großmutter – je nach den Regelungen im Testament – einen Teil oder auch das gesamte Vermögen. Sie ist aber womöglich schon Erbe ihrer Eltern und bereits verstorbener Geschwister. Bei ihr konzentriert sich also das Vermögen ihrer Familie, bevor es nach ihrem Tod an die nächsten Generationen weitergegeben wird. Verteilt sich der Nachlass am Ende auf die Kinder und Enkelkinder, also auf mehrere Haushalte, trägt das zu einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung bei – insbesondere dann, wenn der Nachwuchs zuvor kein oder nur wenig Vermögen besaß.

Wie stark der umverteilende Effekt von Erbschaften und Schenkungen ist, lässt sich wiederum mit den Gini-Koeffizienten zeigen. Dazu wird das Nettovermögen – Bargeld, Bankguthaben, Aktien, Häuser, Autos und Grundstücke – einmal mit und einmal ohne Erbschaften und Schenkungen betrachtet. Das Ergebnis für Deutschland (Grafik Seite 6):

Rechnet man die Erbschaften und Schenkungen aus dem Nettovermögen heraus, steigt der Gini-Koeffizient um 0,02 Punkte – das heißt, die Ungleichheit nimmt zu.

Erbschaft- und Schenkungsteuern: Weniger als 1 Prozent vom Steuerkuchen

So viele Milliarden Euro nahm der deutsche Staat an festgesetzter Erbschaft- und Schenkungsteuer ein

■ In Prozent der gesamten Steuereinnahmen

2007	4,2	0,78
2008	4,7	0,84
2009	4,3	0,82
2010	4,6	0,87
2011	4,2	0,73
2012	4,2	0,70
2013	4,7	0,76
2014	5,4	0,84
2015	5,5	0,82
2016	6,8	0,96
2017	6,3	0,86
2018	6,7	0,86

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Dieser Effekt ist auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten – überall steigt der Gini-Koeffizient ohne Erbschaften und Schenkungen um 0,02 bis 0,04 Punkte. Diese Werte scheinen winzig und vernachlässigbar zu sein, tatsächlich aber gilt eine Veränderung des Gini-Koeffizienten um 0,03 Punkte als ein gesellschaftlich relevanter Effekt, der nur mit umfangreichen Änderungen im Steuer- und Transfersystem eintritt.

Die Reduzierung der Ungleichheit durch Erbschaften und Schenkungen hat vor allem einen Grund: Es erben eben nicht nur Reiche, wenn auch vermehrt, sondern auch die Mittelschicht und ärmere Familien. Zwar erben Wohlhabende in aller Regel größere Vermögen, für die Verteilungswirkung zählt jedoch nicht die absolute Höhe des Erbes, sondern das relative Gewicht zum bereits vorhandenen Vermögen – und das fällt in ärmeren Haushalten meist höher aus als in reicheren.

IW-Kurzbericht 73/2020

Maximilian Stockhausen: Erbschaften und Schenkungen reduzieren die Vermögenskonzentration

iwkoeln.de/vermoegenskonzentration

Kinderfreundlichkeit zahlt sich aus

Kommunalpolitik. Junge Menschen in das gesellschaftliche und politische Leben einzubeziehen, lohnt sich für Kommunen in vielerlei Hinsicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der IW Consult im Auftrag von UNICEF Deutschland. Allerdings hapert es vielerorts noch an der aktiven Beteiligung der Heranwachsenden.

Wenn Kinder und Jugendliche in ihrer Kommune mitreden dürfen, etwa bei Kulturprojekten oder der Gestaltung von Grünflächen, wirkt sich das positiv auf das gesellschaftliche Leben aus, aber auch auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt oder Gemeinde. Zu diesem Ergebnis kommt eine von April bis Juni 2020 durchgeführte Studie der IW Consult im Auftrag von UNICEF Deutschland, für die 123 deutsche

Kommunen zur Umsetzung von Kinderrechten befragt wurden.

Konkret geben drei von vier Kommunen an, in mindestens einem der zur Auswahl gestellten Bereiche von der Umsetzung kinderfreundlicher Maßnahmen profitiert zu haben – zum Beispiel durch den Zuzug junger Familien (Grafik):

Fast 86 Prozent der befragten Kommunen bestätigen, dass ihr Engagement für Kinderrechte den

Zuzug von Jüngeren und Familien beflügelt hat.

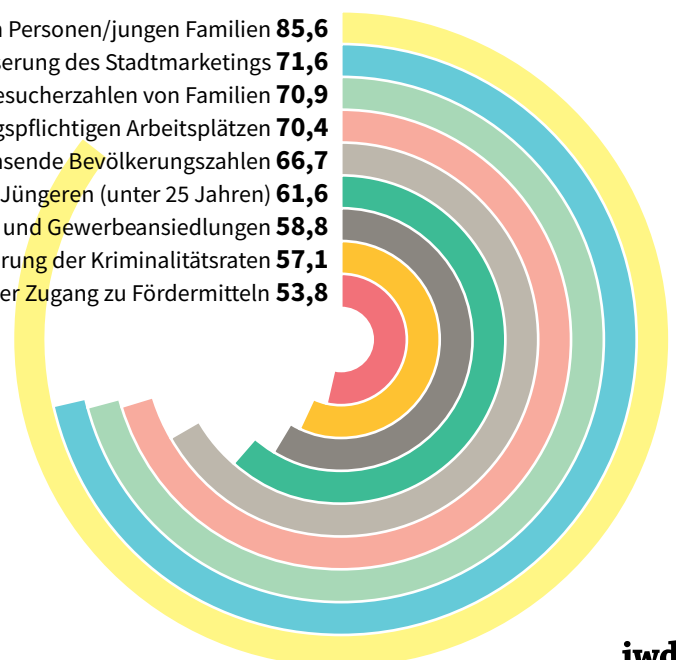
Vor allem für kleinere Städte ist dies eine positive Botschaft, da viele unter den Folgen des demografischen Wandels und einem anhaltenden Fachkräftemangel leiden. Der Zuzug junger Familien spült außerdem mehr Geld in die Kassen der Kommunen, da sich dadurch die Mittelzuweisung durch das Land erhöht. Darüber hinaus sehen die

Kinderfreundliche Maßnahmen lohnen sich

So viel Prozent der Kommunen in Deutschland geben an, dass sie durch die Stärkung von Kinderrechten bereits positive Auswirkungen in den jeweiligen Bereichen spüren



Zuzug von jüngeren Personen/jungen Familien	85,6
Verbesserung des Stadtmarketings	71,6
Steigende Besucherzahlen von Familien	70,9
Positive Entwicklung bei sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen	70,4
Insgesamt wachsende Bevölkerungszahlen	66,7
Rückgang der Arbeitslosenzahl bei Jüngeren (unter 25 Jahren)	61,6
Wirtschafts- und Gewerbeansiedlungen	58,8
Reduzierung der Kriminalitätsraten	57,1
Verbesserter Zugang zu Fördermitteln	53,8



Gemeinden auch einen Zusammenhang zwischen der Umsetzung kinderfreundlicher Maßnahmen und dem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung: 70 Prozent stellen positive Auswirkungen auf die Beschäftigung fest und 62 Prozent attestieren einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen.

Es lohnt sich also in vielerlei Hinsicht, jungen Menschen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen und ihnen Mitspracherechte einzuräumen. Das hat der Großteil der Städte und Gemeinden bereits erkannt: Im Kinderrechtsindex, der die Beachtung von Kinderrechten in vielen unterschiedlichen Bereichen kommunaler Aktivitäten misst – etwa beim Zugang zu Bildung, bei der Nichtdiskriminierung, Freizeitangeboten und Partizipation – erreichten fast 45 Prozent der befragten Kommunen einen hohen Indexwert.

Etwa 33 Prozent der Kommunen kamen auf eine Punktzahl im Mittelfeld und nur 23 Prozent erreichten ein niedriges Ergebnis. Darüber hinaus bestätigten mehr als neun von zehn Gemeinden, dass sie dem Mitspracherecht von Kindern und Jugendlichen einen hohen Stellenwert einräumen.

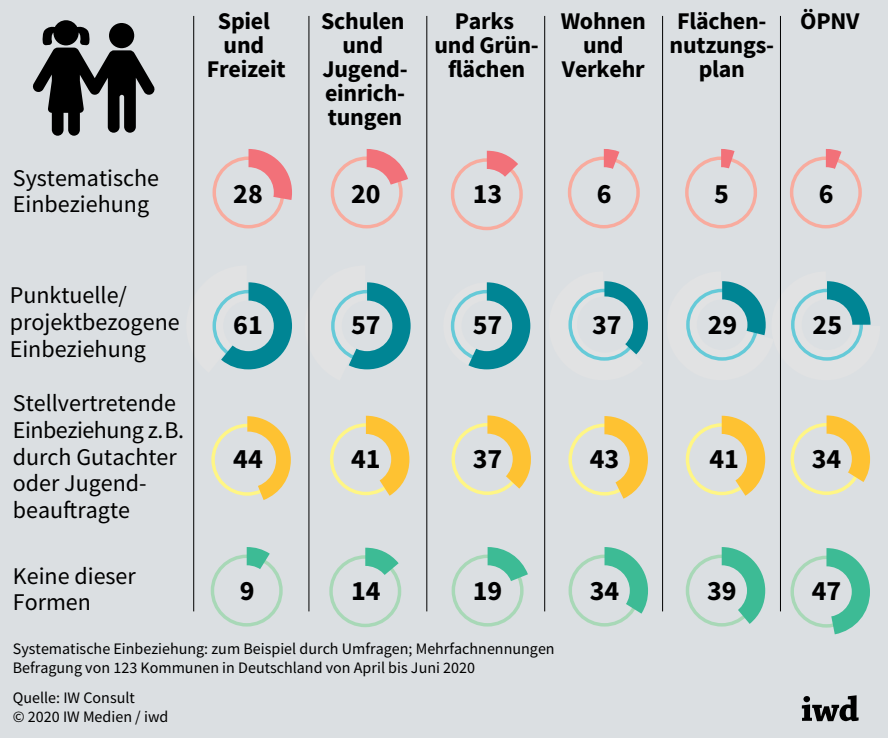
Gleichwohl hapert es vielerorts noch an der Umsetzung:

Nur knapp die Hälfte aller Kommunen konnte einen entscheidenden Aktionsplan oder ein konkretes Maßnahmenpaket zur Verwirklichung der Kinderrechte vorweisen. Und nur ein Drittel bindet die Kinder und Jugendlichen hier aktiv ein.

Bei der aktiven Beteiligung von Heranwachsenden an relevanten Entscheidungen fehlt es oft an Instrumenten. Als häufigstes Mittel der aktiven Beteiligung werden Umfragen genannt: Immerhin nutzen rund 75 Prozent der Kommunen

Wo Kinder mitreden können

So viel Prozent der Kommunen in Deutschland geben an, Kinder und Jugendliche in diesen Bereichen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen



diese Form der Partizipation. Offene Versammlungsformen werden von knapp 59 Prozent der Städte und Gemeinden als Beteiligungsform genutzt, repräsentative Formen wie zum Beispiel Kinder- und Jugendparlamente hingegen nur von rund der Hälfte.

Dieses Problem der aktiven Beteiligung wird auch mit Blick auf die Bereiche deutlich, in denen junge Menschen in ihren Kommunen mitreden können (Grafik):

Das größte Mitspracherecht haben Kinder und Jugendliche in den Bereichen Spiel und Freizeit sowie Schule und Jugendeinrichtungen – weniger mitzureden haben sie dagegen in den Bereichen Wohnen und Verkehr.

Doch selbst im Bereich Spiel und Freizeit gibt es nur in 28 Prozent der befragten Kommunen eine systematische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Meist sind ihre Mit-

spracherechte auf bestimmte Projekte beschränkt oder ihre Interessen werden sogar nur stellvertretend durch Kinder- und Jugendbeauftragte oder Gutachter in die Entscheidungsprozesse eingebracht.

Damit ist die Art der Beteiligung eine der größten Herausforderungen für die Kommunen bei der Umsetzung der Kinderrechte. Ein noch gewichtigeres Problem ist allerdings die Finanzierungsfrage. So ist es wenig überraschend, dass sich vor allem die kleineren Städte und Gemeinden in finanzschwachen Landkreisen durch Finanzierungsengpässe in ihrem Engagement für Kinderrechte limitiert sehen.

IW-Gutachten

Thomas Schleiermacher, Philipp Schade, Lennart Bolwin, Pauline Pohl: Kinderrechte in Kommunen: Stand und Perspektiven – Eine empirische Studie zur Umsetzung von Kinderrechten auf kommunaler Ebene
iwkoeln.de/kinderrechte

Reich oder nicht reich?

Einkommensverteilung. Wer in Deutschland zu den Reichen zählt, ist nicht leicht zu beantworten. In den üblicherweise verwendeten Statistiken jedenfalls bewegen sich Reiche in ganz anderen Einkommensregionen, als es die meisten Bundesbürger glauben.

Keine Frage: Wer in Deutschland als Single monatlich 3.529 Euro netto zur Verfügung hat, der muss sich finanziell keine Sorgen machen. Doch ist man mit diesem Einkommen auch reich?

Ja, sagen die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer regelmäßigen Befragung von rund 16.000 Privathaushalten. Demnach gehörte ein Alleinstehender im Jahr 2017 – neuere Daten gibt es nicht – mit diesem Nettoeinkommen zu den einkommensreichsten 10 Prozent dieser Gruppe. Als Einkommen zählt dabei nicht nur das Gehalt – auch Mieteinnahmen, Gewinne aus Aktien, Nettoeinkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum und staatliche Leistungen wie das Kindergeld

gehören dazu. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sind dagegen bereits abgezogen. Analysiert man die SOEP-Daten nach Erwerbsstatus, Geschlecht und Bildung, ergeben sich folgende Charakteristika:

- **55 Prozent** der oberen 10 Prozent sind männlich; auf der Haushaltsebene sind sogar 70 Prozent der Hauptverdiener Männer.
- **24 Prozent** der Topverdiener sind Angestellte mit einer hochqualifizierten Tätigkeit.
- **Etwa zwei Drittel** der Hauptverdiener der oberen 10 Prozent haben ein abgeschlossenes Studium – im Durchschnitt aller Haushalte sind es nur 28 Prozent.
- **48 Prozent** aller Topverdiener-Haushalte sind Paare ohne Kinder oder sie haben Kinder, die aber nicht mehr im gleichen Haushalt leben.
- **Rund 760.000** der gut acht Millionen Personen, die gemäß ihres bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens zu den einkommensreichsten 10 Prozent gehören, sind Kinder – damit leben in diesen Haushalten weniger Kinder als im Durchschnittshaushalt.

Einkommen in Deutschland: Die oberen 10 Prozent und andere Reiche

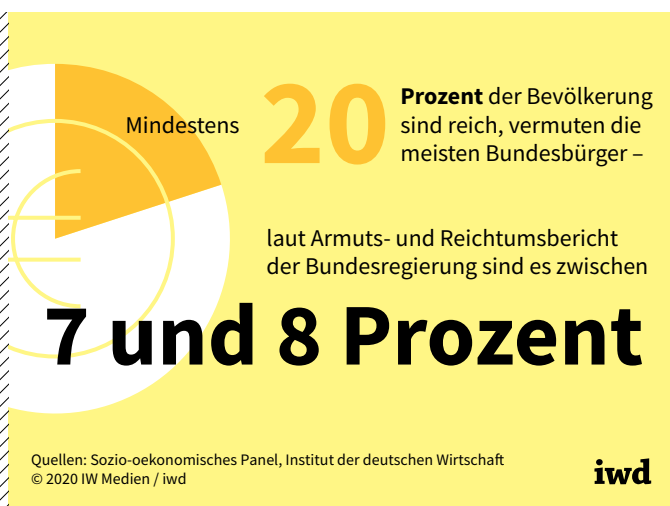
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Jahr 2017 in Euro

Lesebeispiel:
Ein Alleinstehender zählte 2017 zu den einkommensreichsten 10 Prozent in Deutschland, wenn er oder sie über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 3.529 Euro verfügte.

	Alleinstehender	Paar ohne Kinder im Haushalt	Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren
Medianeinkommen	1.946	2.919	4.086
Ab diesem Einkommen gehört man zu ...			
... den oberen 10 Prozent	3.529	5.294	7.412
... den oberen 5 Prozent	4.282	6.423	8.992
... dem oberen 1 Prozent	7.044	10.567	14.793

Medianeinkommen: Das Einkommen, das alle Einkommensbezieher in zwei gleich große Gruppen teilt – die eine Hälfte verdient mehr, die andere weniger
Oberes 1 Prozent: Aufgrund der Untererfassung sehr hoher Einkommen wird die Grenze zum obersten Prozent tendenziell unterschätzt

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd



Die SOEP-Zahlen zeigen, dass sich trefflich darüber streiten lässt, ob die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher tatsächlich als reich bezeichnet werden können. In Analysen zur Schere zwischen Arm und Reich steht die Einkommensentwicklung der ärmsten 10 Prozent im Vergleich zu jener des reichsten Zehntels dennoch häufig im Vordergrund.

Doch während die Grenze zur Armutsgefährdung eine weitverbreitete Konvention darstellt – betroffen ist, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat – herrscht bezüglich der Schwellenwerte zum Reichtum weit weniger Konsens.

In amtlichen Statistiken werden häufig diejenigen als relativ einkommensreich ausgewiesen, die über das Doppelte des bedarfsgewichteten Medianeinkommens verfügen. Das Medianeinkommen teilt alle Einkommensbezieher in zwei gleich große Gruppen – die eine Hälfte verdient mehr, die andere weniger. Und die Bedarfsgewichtung berücksichtigt zum Beispiel, dass Kinder tendenziell weniger Geld zur Deckung ihrer Bedürfnisse brauchen als Erwachsene oder ein gemeinsamer Haushalt Kostenvorteile gegenüber einem Singlehaushalt hat.

Im Jahr 2017 betrug das Medianeinkommen für einen Alleinstehenden in Deutschland 1.946 Euro netto pro Monat, ein Paar ohne Kinder kam auf 2.919 Euro und eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren auf 4.086 Euro (Grafik Seite 10). Verdoppelt man diese Einkommen, dann heißt das:

Ein Alleinstehender war 2017 ab rund 3.890 Euro netto einkommensreich, ein Paar ohne im Haushalt lebende Kinder zählte ab rund 5.840 Euro dazu und eine Familie mit zwei Kindern ab knapp 8.200 Euro.

Mit diesen Nettoeinkommen zählte man auf Basis der SOEP-Daten nicht nur zu den oberen 10 Prozent, sondern bereits zu den oberen 7 Prozent.

Fragt man jedoch die Bundesbürger, ab welchem Einkommen jemand zu den Reichen zählt, kommen noch deutlich höhere Werte heraus (Grafik unten):

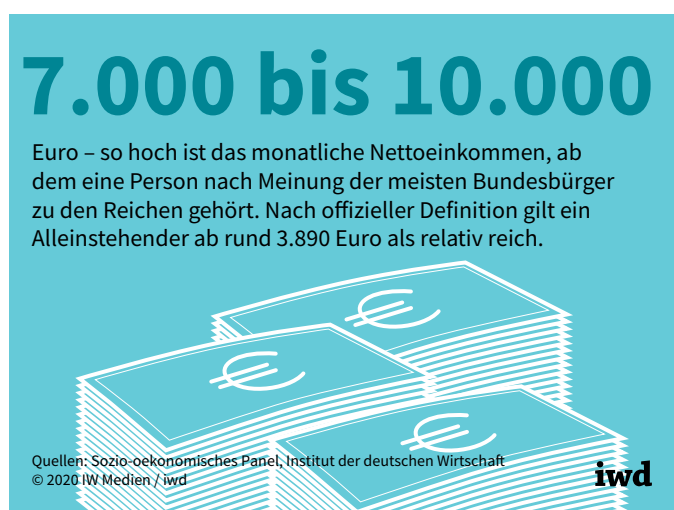
Für die meisten Bundesbürger wird die Reichtums-grenze erst ab einem monatlichen Nettoeinkommen von 7.000 bis 10.000 Euro überschritten.

Die subjektiven Reichtumsgrenzen variieren allerdings sehr stark und hängen nicht zuletzt vom eigenen Einkommen ab.

Auffallend ist auch, dass sich nur sehr wenige Bundesbürger selbst als reich bezeichnen. Bei einer Einordnung in eine zehnstufige Oben-unten-Skala in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften im Jahr 2018 zum Beispiel sortierten sich nur 1,2 Prozent in die zehnte und damit oberste Schicht.

Grundsätzlich aber sind die Bundesbürger hinsichtlich ihrer persönlichen Einordnung in den vergangenen Jahren optimistischer geworden: Fast die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung verortete sich 2018 in der siebten Schicht oder höher – im Jahr 2006 traf dies nur auf knapp ein Viertel der Bundesbürger zu.

Interessanterweise wird zudem der Anteil der Reichen an der gesamten Bevölkerung überschätzt (Grafik oben): Auch wenn die meisten Bundesbürger höhere Schwellenwerte zum Reichtum anlegen, ist ihre Einschätzung, dass mindestens 20 Prozent der Bevölkerung zu den Reichen gehören, weit von der statistischen Erfassung des Reichtums entfernt.



Gehöre ich dazu?

Mit dem interaktiven Einkommenstool des IW können Sie herausfinden, wie wohlhabend Sie im Vergleich zu anderen sind.
arm-und-reich.de/alle-rechner

Gute Geschäfte in harten Zeiten

Fahrradindustrie. Die Corona-Pandemie hat die deutsche Wirtschaft hart getroffen. Doch die Fahrradbranche profitiert von der Krise und verzeichnet im ersten Halbjahr 2020 wahrscheinlich sogar einen neuen Rekordumsatz.

Jeden Morgen eingengt in Bus oder Straßenbahn neben fremden Menschen zur Arbeit fahren – für zahlreiche Bundesbürger ist das in der Corona-Pandemie eine Horrordarstellung. Auf der Suche nach alternativen Verkehrsmitteln sind viele von ihnen auf das gute alte Fahrrad zurückgekommen (Grafik):

Der Zweirad-Industrie-Verband (ZIV) rechnet damit, dass im ersten Halbjahr 2020 circa 3,2 Millionen Fahrräder und E-Bikes verkauft

wurden. Das wäre ein Absatzplus von rund 9,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Dieses Plus wäre umso beeindruckender, als auch die Fahrradläden im ersten Halbjahr 2020 zeitweilig geschlossen hatten.

Das Statistische Bundesamt erfasste im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2019 in der Sparte „Fahrräder, Sport- und Campingartikel“ ein preis-, kalender- und saisonbereinigtes Umsatzplus von 6,8 Prozent.

Nach der Wiedereröffnung der Läden gab es einen regelrechten Run auf die Sportgeschäfte. Allein im Juni verzeichnete die Branche einen Umsatzzuwachs von gut 29 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Dabei greifen die Menschen immer häufiger zu elektrisch betriebenen Fahrrädern. So wurden nach Schätzungen des ZIV im ersten Halbjahr 2020 rund 6 Prozent mehr traditionelle Zweiräder verkauft als im Vorjahreszeitraum, aber fast 16 Prozent mehr E-Bikes.

Hält dieser Trend an, könnte das E-Bike auf lange Sicht mit dem klassischen Fahrrad gleichziehen. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Im Jahr 2019 erfasste das Statistische Bundesamt je 100 Haushalte rund 180 Fahrräder – davon waren lediglich zwölf elektrisch betrieben.

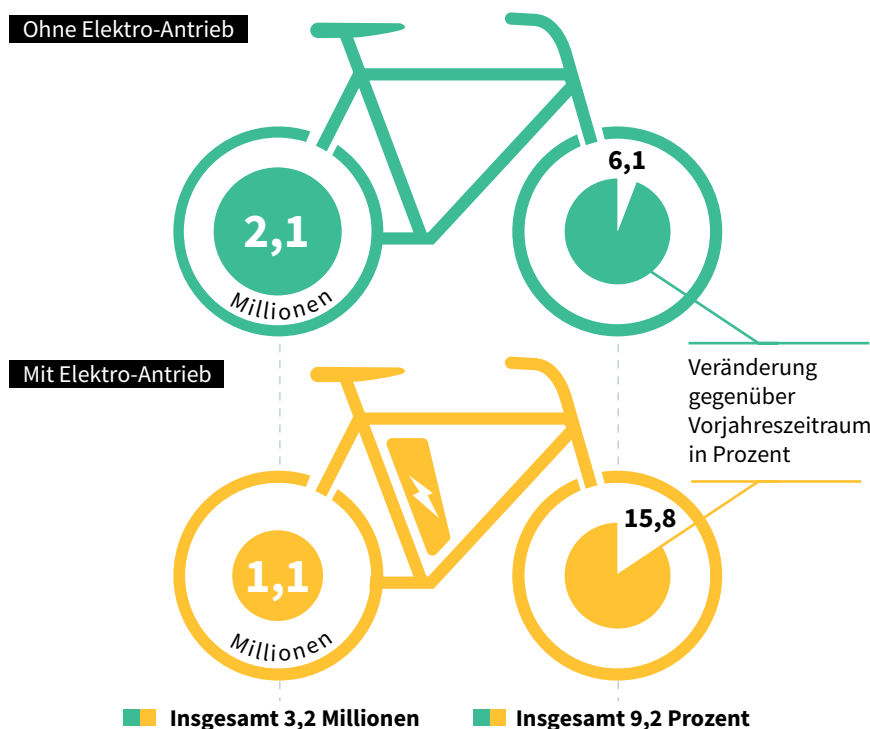
Fahrräder gehören zu den Gebrauchsgütern, die in den meisten deutschen Haushalten vorhanden sind:

Im Jahr 2019 besaßen vier Fünftel aller deutschen Haushalte mindestens ein Fahrrad.

Laut ZIV belief sich der Fahrradbestand inklusive E-Bikes 2019 auf rund 76 Millionen. Zum Vergleich: In den Niederlanden waren es 2018 rund 23 Millionen. Bezogen auf die Bevölkerung – Deutschland hat mit gut 83 Millionen fast fünfmal so viele Einwohner wie die Niederlande (etwas mehr als 17 Millionen) – radeln die Bundesbürger ihren Nachbarn also noch weit hinterher.

Fahrräder: Mit Schwung durch die Krise

Fahrradkäufe in Deutschland im ersten Halbjahr 2020



1. Halbjahr 2020: Prognose

Quelle: Zweirad-Industrie-Verband
© 2020 IW Medien / iwd

Konkurrenzkampf um bezahlbaren Wohnraum in Unistädten

Immobilien. Die Wohnungsmieten für Studenten sind während der Corona-Pandemie weiter gestiegen – wenn auch weniger stark als in den Vorjahren. Gleichzeitig ist vielen Studenten durch die Krise der Nebenjob weggebrochen.

Wegen des Online-Semesters sind zwar viele Studenten nicht in die Stadt ihrer Universität gezogen, trotzdem haben die Mietpreise für Studentenwohnungen einen weiteren Sprung gemacht, wie der MLP Studentenwohnreport 2020 zeigt.

Für die Studie hat das Institut der deutschen Wirtschaft den Wohnungsmarkt von 30 deutschen Unistädten untersucht. Demnach sind die Mieten für typisch studentische Wohnungen an 27 der 30 Standorte im zweiten Quartal 2020 gestiegen (Grafik):

Besonders teuer ist es für Studenten in München. Dort kostet eine Studentenwohnung 724 Euro warm und damit 24 Euro mehr als im ersten Quartal 2020.

Auch in Freiburg, der drittteuersten Universitätsstadt, mussten die Studenten eine Steigerung der Mietpreise von 22 Euro hinnehmen. In Berlin dagegen sind die Wohnkosten für Studenten durch den Mietendeckel gefallen. Der Mietendeckel hat allerdings auch dazu geführt, dass die Zahl der angebotenen Wohnungen, die vor 2014 gebaut wurden, deutlich gesunken ist.

Für den allgemeinen Preisanstieg trotz der Corona-Krise gibt es zwei Gründe. Zum einen herrscht nach wie vor ein großer Mangel an Wohnungen in zentraler Lage. Zum anderen dürfte die sinkende Wohnungsnachfrage der Studienanfänger von anderen Mietergruppen aufgefangen worden sein – zum Beispiel durch jene, die unter normalen Umständen teurere Wohnungen gesucht hätten.

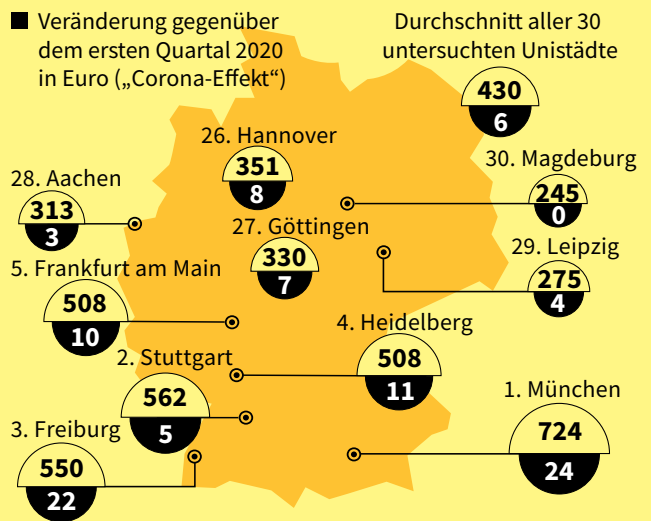
Viele Studenten finden sich durch die immer weiter steigenden Mieten in einer prekären finanziellen Situation:

Der Bafög-Wohnzuschlag liegt bei maximal 325 Euro im Monat – damit deckt die Förderung lediglich in drei der 30 untersuchten Unistädte die Warmmiete für eine typische Studentenwohnung ab.

Die regionalen Unterschiede sind zudem groß. In München reicht der Bafög-Wohnzuschlag gerade einmal für die Kaltmiete einer 15-Quadratmeter-Wohnung in Universitätsnähe. In Magdeburg dagegen können sich Studenten damit fast 50 Quadratmeter in zentraler Lage leisten.

Studentenbuden: Steigende Kosten trotz Corona-Krise

Monatliche Warmmiete für eine Muster-Studentenwohnung im zweiten Quartal 2020 in den fünf teuersten und den fünf günstigsten Unistädten in Euro



Musterwohnung: normale Ausstattung, 30 Quadratmeter, zweiter Stock, in direkter Umgebung zur Hochschule, durchschnittliche Entfernung zum Hauptbahnhof und anderen Bahnhöfen, Gebäude in den 2000er Jahren erbaut, Wohnnebenkosten 20 Prozent

Quellen: MLP Gruppe, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd



Zusätzlich zu den steigenden Mieten hat sich die finanzielle Situation vieler Studenten durch die Corona-Pandemie verschlechtert – etwa durch den Wegfall von Jobs in der Gastronomie oder der Eventbranche. Laut einer Umfrage des Personaldienstleisters Zenjob im Juni 2020 haben vier von zehn Studenten ihren Nebenjob verloren, mehr als ein Fünftel kann seine Lebenshaltungskosten nicht mehr aus eigener Tasche zahlen.

IW-Gutachten

Michael Voigtländer, Christian Oberst, Pekka Sagner:
MLP Studentenwohnreport 2020
iwkoeln.de/studentenwohnreport2020

Eng mit der EU verbunden

Schweiz. Die Eidgenossen haben es per Volksentscheid abgelehnt, die Personenfreizügigkeit mit den Ländern der Europäischen Union aufzukündigen. Damit hat die Vernunft gesiegt, schliesslich profitiert die Schweiz stark von den engen wirtschaftlichen Verbindungen zur EU.

61,7 Prozent – mit dieser deutlichen Mehrheit haben die Schweizer Bürgerinnen und Bürger am 27. September gegen das Ansinnen der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) votiert, den Zuzug von EU-Ausländern zu begrenzen. Damit haben die Wähler auch den „Schwexit“ verhindert. Denn hätte die Initiative der SVP eine Mehrheit gefunden und wären Verhandlungen mit der EU über eine Alternative zur Personenfreizügigkeit gescheitert, hätte dies auch das Aus für eine Reihe weiterer bilateraler

Abkommen bedeutet. Dann hätte zum Beispiel der freie Land- und Luftverkehr mit der EU ebenso auf dem Spiel gestanden wie die gegenseitige Anerkennung von Produktzulassungen.

Mit der Ablehnung der SVP-Initiative haben die Eidgenossen viel Schaden von ihrem Land abgewendet. Denn die Schweiz unterhält enge wirtschaftliche Beziehungen zur EU:

- **Außenhandel.** Die Geschäfte zwischen der Schweiz und ihren Kunden und Lieferanten in der EU florieren (Grafik):

Im Jahr 2019 gingen rund 50 Prozent aller Schweizer Exporte in die EU – damals noch einschließlich des Vereinigten Königreichs. Bei den Importen betrug der EU-Anteil sogar fast 60 Prozent.

Wichtigster EU-Handelspartner war im vergangenen Jahr Deutschland, an das die Schweiz Waren im Wert von knapp 48 Milliarden Schweizer Franken lieferte (1 Franken entspricht derzeit etwa 0,93 Euro). Damit nahmen deutsche Kunden fast ein Drittel aller schweizerischen Exporte in die EU ab. Auf der Importseite war der deutsche Anteil sogar noch etwas höher.

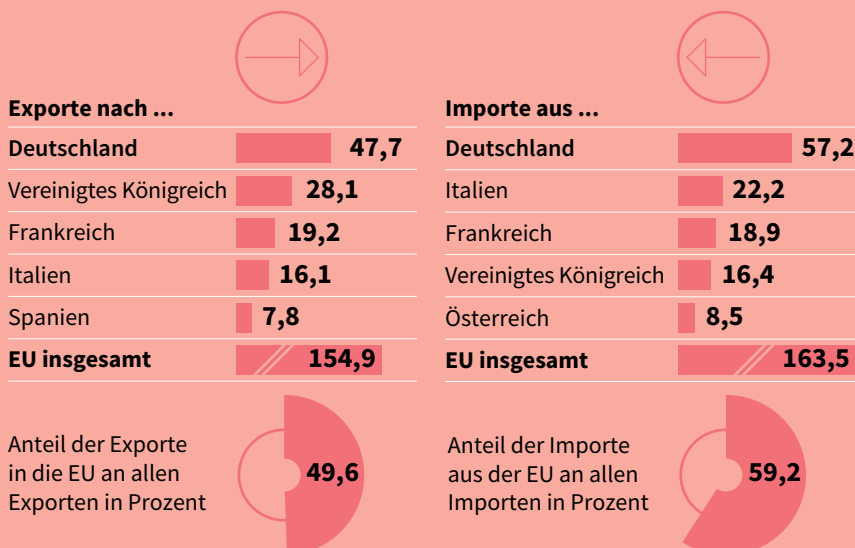
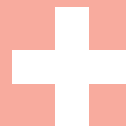
Zu den Gütern, die zwischen der Schweiz und ihren EU-Partnern am meisten gehandelt werden, gehören pharmazeutische Erzeugnisse, Metalle und Metallerzeugnisse sowie Maschinen – und zwar in beiden Richtungen. Zusätzlich ist die EU für die Schweiz ein wichtiger Lieferant von Kraftfahrzeugen und Fahrzeugteilen; zu den weiteren Exportschlägern der Schweiz gehören vor allem chemische Erzeugnisse.

Zwar hat die Schweiz den Handel mit der EU zuletzt mit einem Defizit abgeschlossen, das allerdings laut Schweizer Statistik kleiner ausfällt als nach der Lesart von Eurostat.

- **Direktinvestitionen.** Eng verbunden sind die Schweiz und die EU-Länder auch durch grenzüberschreitende Investitionen von

Schweiz: Viel Handel mit Deutschland

Außenhandel der Schweiz mit den wichtigsten Handelspartnern in der EU im Jahr 2019 in Milliarden Schweizer Franken



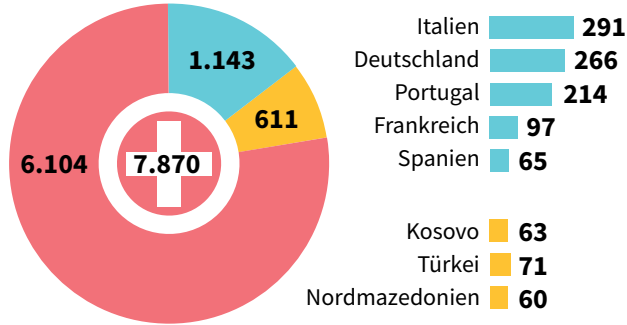
Schweiz: Jeder Vierte ist Ausländer

Bevölkerung der Schweiz nach Staatsangehörigkeit in 1.000

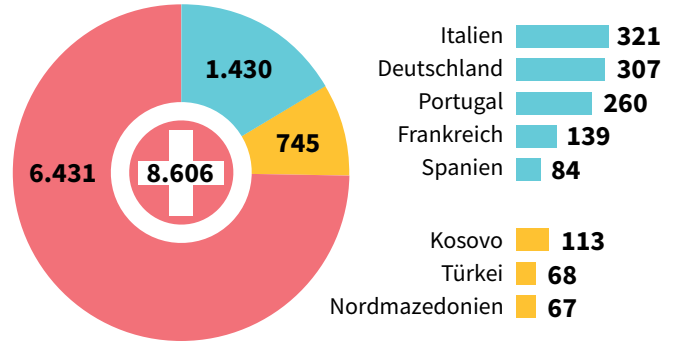


■ Schweiz ■ Drittstaaten insgesamt ■ EU-Staaten insgesamt

2010



2019



2010: zum Teil widersprüchliche statistische Angaben

Quelle: Bundesamt für Statistik (Schweiz)
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Unternehmen, die sich an Firmen am jeweils anderen Standort beteiligen oder dort neue Produktionsstätten errichten. So haben sich die schweizerischen Direktinvestitionen in der EU von 2009 bis 2018 mehr als verdoppelt – von 384 auf 810 Milliarden Schweizer Franken. Umgekehrt ist auch die EU in der Eidgenossenschaft stark vertreten:

Unternehmen in der EU hielten 2018 in der Schweiz Investitionsbestände von knapp 440 Milliarden Schweizer Franken – damit war rund ein Drittel aller Direktinvestitionen in der Schweiz der EU zuzuordnen.

Der weitaus größte Teil der Direktinvestitionen in der Schweiz entfällt auf den Dienstleistungssektor, allen voran Finanz- und Holdinggesellschaften.

• **Arbeitsmarkt.** Die SVP hatte den von ihr initiierten Volksentscheid mit der angeblichen Massenzuwande-

rung aus der EU begründet, die der Schweiz schade. Tatsächlich leben in der Schweiz immer mehr Menschen mit einer EU-Staatsangehörigkeit (Grafik):

Im Jahr 2019 hatten von den 8,6 Millionen Einwohnern der Schweiz gut 1,4 Millionen einen EU-Pass – knapp 300.000 mehr als im Jahr 2010.

Allerdings sind per saldo im Schnitt der Jahre 2017 bis 2019 weniger als 50.000 Menschen in die Schweiz eingewandert – 2008 waren es noch fast 100.000.

Zudem sind Ausländer für den Schweizer Arbeitsmarkt wichtig – sie stellen rund 32 Prozent aller Erwerbstätigen. Etwa drei Viertel davon entfallen auf in der Schweiz niedergelassene Ausländer und solche, die sich seit mehr als zwölf Monaten dort aufhalten. Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge hat die gestiegene Beschäftigung von

Ausländern in den grenznahen Regionen der Schweiz auch das dortige Lohnniveau für Einheimische gesteigert. Insgesamt hat die Nettozuwanderung außerdem zu keinen signifikanten Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt geführt.

Darüber hinaus zeigen Studien, dass die Personenfreizügigkeit und andere durch bilaterale Verträge mit der EU garantierten wirtschaftlichen Freiheiten der Schweiz erheblichen Wohlstand sichern. Würden die entsprechenden Abkommen gekündigt, fiel nach Berechnungen des Basler Wirtschaftsinstituts BAK das Bruttoinlandsprodukt der Schweiz im Jahr 2040 um 6,5 Prozent niedriger aus, als wenn es bei der aktuellen Vertragslage bliebe.

IW-Report 49/2020

Berthold Busch: Die Beziehungen der Europäischen Union mit der Schweiz
iwkoeln.de/eu_schweiz

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - Telefon: 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche

6,4

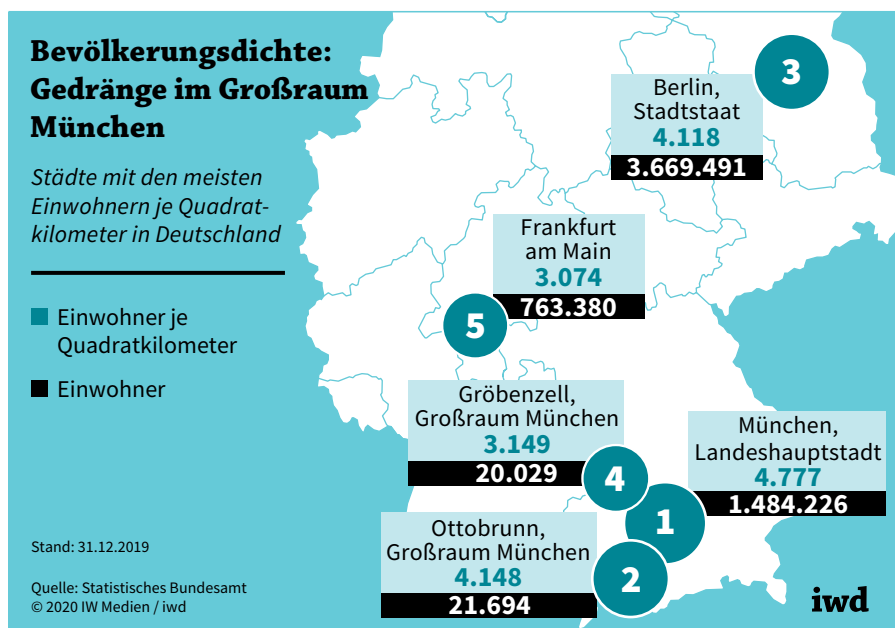
Prozent



mehr Wein als im Vorjahr werden 2020 in Deutschland geerntet, schätzt das Statistische Bundesamt. Konkret würde das eine Produktion von 886 Millionen Litern Wein bedeuten. Mehr als die Hälfte der diesjährigen Lese entfällt auf die größten Weinanbaugebiete Rheinhessen und Pfalz. Knapp ein weiteres Viertel kommt aus Baden und Württemberg. An der Spitze der Rebsorten steht der Riesling. In diesem Jahr werden aus diesen Trauben voraussichtlich etwa 200 Millionen Liter Wein produziert – das wäre ein Plus von über 22 Prozent gegenüber 2019. Die zweitwichtigste Rebsorte Müller-Thurgau kommt nur auf etwas mehr als die Hälfte der Menge und verliert – erneut – an Boden, während der Blaue Spätburgunder kräftig zulegt.

Top-Liste: Berlin am größten, München besonders voll

Mit 3,67 Millionen Einwohnern war Berlin zum Jahresende 2019 die mit Abstand einwohnerreichste Stadt Deutschlands. Wenn es allerdings darum geht, welche Gemeinde am dichtesten besiedelt ist, landet die Hauptstadt mit etwas mehr als 4.100 Einwohnern je Quadratkilometer nur auf dem dritten Platz. Stattdessen steht die bayerische Landeshauptstadt München ganz oben auf dem Treppchen – mit fast 4.800 Einwohnern pro Quadratkilometer. Die beiden mit je nur etwas mehr als 20.000 Einwohnern kleinen Gemeinden Ottobrunn und Gröbenzell im Münchener Umland schaffen es auf die Plätze zwei und vier. Im internationalen Vergleich sind diese Zahlen allerdings kaum der Rede wert: In Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, leben etwa 41.000 Einwohner je Quadratkilometer, in Mogadischu (Somalia) gut 28.000 und im indischen Surat mehr als 27.000.



Neu auf iwd.de:

Neu



Der Windkraft geht die Puste aus

Betreiber von Photovoltaik- oder Windanlagen sind verunsichert, da viele Anlagen im nächsten Jahr aus der Förderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) fallen könnten. Auch der aktuelle Gesetzentwurf für eine EEG-Novelle hat nicht für die erhoffte Klarheit gesorgt – es fehlt beispielsweise immer noch an einer Anschlusslösung für ältere Windanlagen. Welche Probleme sonst noch drohen, lesen Sie auf iwd.de.